

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1983

hier: Einzelplan 09

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

— Drucksachen 9/1920 Anlage, 9/2050 Anlage, 9/2149, 9/2281 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag sieht im möglichen Verkauf von Grundig und von weiteren Unternehmen der gleichen Branche an den französischen Staatskonzern Thomson/Brandt die Gefahr einer Ausschaltung der deutschen Unterhaltungselektronik und -technologie aus der Wachstumsbranche Kommunikationsindustrie.

In deutschem Eigentum blieben nach einem solchen Verkauf nur noch Unternehmen mit einem Marktanteil von ca. 25 v. H.

Die mit einer konzernmäßigen Zusammenfassung verbundene hohe Produktionskonzentration und Einengung der Angebotspalette ist nicht nur wettbewerbspolitisch bedenklich, sondern es wird auch eine große Zahl von Arbeitsplätzen in Gefahr gebracht. Einer solchen Entwicklung muß mit allen Kräften begegnet werden, zumal durch Rationalisierung und Automatisierung der Arbeitsmarkt sowieso schon stark belastet ist.

Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, eine aktive Industriepolitik mit dem Ziel einer deutschen gleichberechtigten Partnerschaft im zukunftssträchtigen Bereich der Mikroelektronik und hier speziell der Bildschirmtechnik und Unterhaltungselektronik in Europa einzuleiten.

Dies schließt eine europäische Kooperation zwischen gleichberechtigten Partnern ein. Eine einseitige Fremdbestimmung wird abgelehnt.

Die deutschen Unternehmensführungen in diesem Bereich werden aufgefordert, aktiv und konstruktiv an einer solchen Politik teilzunehmen. Sie dürfen nicht nur die gegenwärtigen betriebswirtschaftlichen Aspekte zu ihrer Entscheidungsgrundlage machen, sondern müssen auch die zukünftigen Entwicklungschancen unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten beachten.

Bonn, den 13. Dezember 1982

Wehner und Fraktion

